

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtstälten angenommen.



# Danziger

# Beitum.

## **Lotterie.**

Bei der am 9. Februar angestrahlten Ziehung der 2. Klasse 139. R. Klassenlotterie fiel 1 Gewinn von 2000 R $\text{f}$  auf No. 83,162. 3 Gewinne zu 600 R $\text{f}$  fielen auf No. 9777 53,467 und 65,842. 4 Gewinne zu 200 R $\text{f}$ . auf No. 30,877 35,554 65,452 und 87,193, und 2 Gewinne zu 100 R $\text{f}$  auf No. 30,502 und 35,581.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelkommen 1½ Uhr Nachmittags.

Paris, 10. Febr. Nachmittags. Die Regierung ist seit 48 Stunden ohne Depeschen aus Athen. — Die Abendzeitungen treten in heftigster Weise dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegen, der über die angebliche Subvention der französischen Blätter durch den Exkönig Georg von Hannover handelt.

Bularef, 9. Febr. Die Deputirtenkammer ertheilte dem Ministerium ein Tadelsvotum, indem es mit 68 gegen 42 Stimmen verlangte, die Ernennung des Generals Macedonski zu annulliren. (Vergl. Tel. Nachr.)

---

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

---

St. Petersburg, 9. Febr. Ein K. U. k. besieht, daß nach dem Eintritte der gegenwärtig ausgehobenen Rekruten die überzähligen Soldaten der activen Armee, vorzugsweise aus den im J. 1863 Eingereichten, zeitweilig entlassen werden sollen. — Der Kaiser hat dem Fürsten von Montenegro bei seiner Abreise einen Säbel mit goldener Scheide, auf welcher der kaiserliche Namenszug in Brillanten angebracht ist, und der Fürstin den Katharinenorden verliehen. (M. T.)

Bukarest, 9. Febr. Deputirtenkammer. Die Interpellation betreffend die Reactivierung des Generals Macevonski rief eine heftige Debatte hervor. Von Seiten der extremen Partei war der Antrag eingebracht, die Reactivierung des Generals für ungesezlich zu erklären. Der Ministerpräsident beantwortete die Interpellation und bezeichnete Joan Bratiano und die extreme Partei als die eigentlichen Feinde des Vaterlandes. Durch diese Vorgänge ist die Stellung des Ministeriums eine sehr schwierige geworden. Man bezeichnet den Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung der Kammer als unvermeidlich. Das Letztere hat jedoch dem Vernehmen nach mehr Wahrscheinlichkeit. (W. L.)

## Rundtage=Verhandlungen.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Februar.  
Der Gesetzentwurf wegen anderer Feststellung der

Wahlbezirke wird von der Regierung zurückgezogen.  
Gesetz, betreff. Verwendung der verfallenen Caution der Köln-Soveter Eisenbahngesellschaft. Abg. Löwe beantragt Ablehnung, Berger (Witten) ist ebenfalls gegen das oberflächlich motivierte Gesetz. Ref. Dr. Hamacher hält die Einziehung der Caution für völlig correct, ebenso die Verwendung derselben für eine Bahn in der angegebenen Linie für nützlich. Wenn es auch unbehaglich sei, von dem Rechte der Cautions-Einziehung zum ersten Male Gebrauch zu machen, so sei Coburg und Weimar damit schon früher vorangegangen. Abg. Löwe will, daß heute noch kein definitiver Beschluß gefaßt werde, damit die Sache nochmals geprüft, die Rechtsverhältnisse überlegt werden können. Handelsminister: Mit dem Prinzip werden Eisenbahnen nicht fertig, sagen Sie heute Ja, so ist für Lüdenscheid und das Volmthal geforgt. Gerne hätte ich die Gesellschaft zu Metherem bewegt, aber jetzt erreicht man wenigstens das Nennende stückweise. Halten wir uns heute an die Praxis und machen fertig was mit einem Worte fertig zu machen ist (Bravo und Heiterkeit.) Der Gesetzentwurf wird mit großer Majorität angenommen.

Abg. Braun (Hersfeld) interpellirt den Justizminister ob Aussicht vorhanden, daß wegen Beseitigung einiger Mängel im Civilprozeßverfahren und Herabsetzung der Gerichtskosten im Appellationsgerichtsbezirk Cassel noch in dieser Session dem Landtage eine Vorlage gemacht werden wird. Handelsminister: Die Interpellation läuft auf die Frage hinaus, ob die Regierung noch in dieser Session einen die Gerichtskosten und Stempelsteuer in dem Bezirk Cassel betreffenden Gesetzentwurf einbringen wird. Darauf antwortete ich Namen des Justizministers: Ja! (Große Heiterkeit.)

In der definitiven Fassung über den Gesetzentwurf betr. die fernerne Geltung der Verordnung für die Abgeordnetenwahlen in den neuen Provinzen wird derselbe unverändert angenommen. Ebenso genehmigt das Haus die Einführung des allgemeinen Vergesetzes von 1865 in Schleswig-Holstein.

Bericht der Unterrichts-Commission über das Gesetz,  
betreffend Aufhebung des Artikels 25 der Verfassung: Die  
Bestimmung: „in der öffentlichen Volksschule wird  
der Unterricht unentgeltlich ertheilt“, wird aufge-  
hoben. Die Commission beantragt Ablehnung. Abgeordnete  
v. Hennig und v. Puttkamer Aussetzung der Beschlus-  
nahme, bis die Unterrichts-Commission über das Gesetz wegen  
Einrichtung und Unterhaltung der Volkschulen Bericht er-  
stattet hat. Referent Dr. Paur führt an, daß wir stets in  
Seiten der Erhebung und des Aufschwunges Aussicht auf Er-  
lass eines Unterrichtsgesetzes gehabt hätten, die dann ebenso  
schnell wieder spurlos verschwunden sei. Auch Minister  
v. Möhler hat die Sache angeblich wegen großer Schwierig-  
keiten hingezogen und auf die Aufräge der Commission, die  
3 in Aussicht gestellten Gesetze kennen zu lernen, mit einem  
entschiedenen „Nein“ geantwortet (hört! hört!). Er meinte  
dass der Einblick in jene Entwürfe für die Arbeiten der Com-  
mission nicht förderlich sein würde, besann sich aber weiter  
hin und entschloß sich, die 3 Entwürfe zwar nicht der Com-  
mission, aber dem ganzen Volke zu übergeben. Ob eine solche  
Behandlung der Unterrichts-Commission von Seiten eines  
Ministers loyal genannt werden kann, überlasse ich dem Ur-  
theil des Hauses. (Bustimme links, Widerspruch rechts.)

Die Verfassung giebt die äusseren Angelegenheiten der Volks- schule in die Hände der Gemeinden, davon steht aber nichts in dem jetzigen Gesetze, die Vorlage enthält nur Bestimmungen über die Leistungen, nichts über die Rechte der Gemeinden und die Beitragspflicht des Staates. Jetzt soll das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts ausgemerzt werden. Den Motiven der Regierung, daß die Ausführbarkeit des Verf.-Art. bezweifelt werden müsse, konnte die Commission sich nicht anschließen, sie meinte, daß da, wo die Mittel der Gemeinde nicht ausreichen, der Staat eintreten müsse. Die Schulgeldfrage wird in den verschiedenen Provinzen sehr ungleich behandelt. Fast gar kein Schulgeld wird in Posen, wenig in Preußen, durchgehends wird es in Brandenburg und Sachsen bezahlt. In Nassau wird seit 1817 kein Schulgeld bezahlt weder in den Volks- noch in den höheren Schulen, in Schleswig-Holstein wird seit 1814 kein Schulgeld entrichtet. Die Schulgeldsätze differiren von  $2\frac{1}{2}$  Silbergroschen jährlich auf dem Lande in der Provinz Preußen, bis 36 Thaler jährlich in den brandenburgischen Städten. Die Regierung will zwar nicht statt der obligatorischen Unentgeltlichkeit das obligatorische Schulgeld setzen, sondern den Gemeinden volle Freiheit lassen, warum läßt man ihnen denn aber auch nicht die Bestimmungen über den Schulzwang? Die Commission meint, daß es jetzt nicht an der Zeit ist, Verfassungsrevisionen vorzunehmen und bittet deshalb, die Verfassung unberührt zu lassen. (Beifall links!) Abg. v. Hennig: Der Cultusminister legt uns die Beseitigung eines Verfassungsartikels so spät vor, daß eine Erledigung in dieser Session unmöglich ist. Er will mit der Annahme eine Präjudizialfrage gen, empfiehlt sich dieselbe, aber den Zwang, den die Verfassung ausübt, will ich beseitigen. Sie haben so oft von der Autonomie und Selbstständigkeit der Gemeinden gesprochen, jetzt ist der Fall gekommen, wo eine selbstständige Entschließung der Gemeinde möglich wird, ist es nun consequent, dieser Autonomie entgegen zu treten? Gegen den Antrag Hennig, die Sache zurück zu verweisen, erkläre ich mich entschieden, sprechen Sie noch mehr pro und contra als bisher (Heiterkeit), discutiren Sie die Frage vollständig, um dann zu einem materiellen Beschlüsse zu gelangen. Abg. Wehrspennig: Es ist unbegreiflich, daß der Minister der Herrenhaus-Commission zu Liebe an der Verfassung ohne Grund rüttelt. Bei dem gegenwärtigen gemischten System des unentgeltlichen Unterrichts und des Schulgeldes können wir bis zum Erlass eines Unterrichtsgesetzes bleiben. Der nach bestem Gewissen stimmende Abgeordnete hat den drohenden Hinweis auf die Gemeinden nicht zu fürchten. Das sittliche Pathos wegen der Demoralisation durch unentgeltlichen Unterricht ist unbegreiflich, so ist denn Schleswig-Holstein demoralisiert? Ein materieller Grund, daß Schulgeld obligatorisch zu machen, liegt nicht vor; die Communen werden es bald von selbst aufheben, sobald sie wohlhabend genug dazu sind, den Buschus derselben, der in Berlin nur 10% beträgt, entbehren zu können. — Abg. Bied für die Vorlage und zwar aus praktischen Gründen. Durch Annahme des Gesetzes werde ja das Schulgeld nicht obligatorisch eingeführt, sondern die Bestimmung darüber jeder Gemeinde überlassen. Dies liege durchaus im Interesse der sonst von liberaler Seite so sehr betonten Selbstverwaltung der Gemeinden.

## Nächste Sitzung Dienstag.

Z.C. Berlin, 9. Februar. [Aus Athen. Vorlagen.] Nach den neuesten Nachrichten aus Athen scheint der Conferenz-Vorschlag daselbst doch nicht die "Gegenliebe" zu finden, die man in Paris erwartet hatte. Ablehnen oder abdanken, das ist für den jungen König Georgios eine sehr unbehagliche Alternative. Es ist möglich, daß man in Athen republikanische und kriegerische Bewegungen erzwingt, doch wird die Türkei sich einstweilen auf die Defensive beschränken. — Das Staats-Ministerium beschäftigt sich gegenwärtig nicht blos mit der Kreis-Ordnung, sondern gleichzeitig auch mit der Vorberathang der Vorlagen des Bundeskanzler-Amtes für die nächste Session des Reichstages. Bekanntlich findet über dieselben in den meisten Fällen eine vorgängige vertrauliche Verständigung zwischen dem Bundeskanzler und dem preußischen Staats-Ministerium statt. Die Städteordnung für Schleswig-Holstein, wie sie aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, dürfte schwerlich weder die Zustimmung des Herrenhauses noch die Sanction der Regierung erhalten, weil man durch sie den Begriff der städtischen Obrigkeit verflüchtigen und den Magistrat in den Vorstand einer Aktiengesellschaft verwandeln will. Zu den Prinzipien, auf welche man eine Reform der Städteordnung bastiren soll, würde nach Beiblers Meinung in erster Linie gehören, daß die Magistrats-Personen, soweit sie staatsrechtliche Funktionen ausüben, ohne Weiteres von der Krone zu ernennen sind.

\* [Zweiter Congres Nordd. Landwirths.] Es werden die Herren v. Benda-Rudom zum 1., Seiler (Präsident des Landesculturrathes in Sachsen) zum 2. Vicepräsidenten, die Herren Pogge-Roggow, Witt, Dr. Wilkens, Stadtrichter Willmanns, Bertelsmann und Buel zu Schriftführern gewählt. Erster Gegenstand der T.-D. ist die Discussion des landwirtschaftlichen Vereinswesens, bei der sich zwei abweichende Ansichten gegenüberstehen. Die eine verkennt zwar nicht, daß die gegenwärtige Organisation mangelhaft und namentlich eine weitere Ausbreitung und Kräftigung des Vereinswesens zu wünschen ist, sie will aber, daß das von den Vereinen selbst ausgebe, und nicht die Hilfe des Staats in Anspruch genommen wird. Der Congres soll eine freie Vereinigung bleiben und durch die Macht wissenschaftlicher Ueberzeugung wirken. Die zweite Ansicht will eine gesetzlich organisierte Vertretung der Landwirtschaft. Sie verlangt eine ganz neue Gliederung und stufenweise concentirte Organisation der Vereine als Landwirtschaftskammern und mit einem Centralorgan an der Spize, dem das Geschäft der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen der Regierung gegenüber obliege und die Eigenschaft einer maßgebenden Autorität beimonne. Dem Congres soll neben diesem Centralorgan auch noch eine hervorragende berathende Stellung überwiesen werden. — Die erste Ansicht findet Ausdruck in folgendem Antrag des Ref. v. Benda: „1. Jeder Congres z. bildet nach wie vor eine freie periodisch zusammenentreende Versammlung der nordd. Landwirths zur Besprechung und Förderung ihrer gemeinsamen Interessen, welche in völliger Unabhängigkeit sowohl von den bestehenden landwirtschaftlichen Vereins-Organisationen, wie von der Königlichen Staatsregierung, jedoch mit dem Wunsche des gegenseitig fördernden Einvernehmens nach beiden Seiten hin seine Zwecke verfolgt. 2. Der Congres bildet kein organisches Glied, wohl aber eine Ergänzung des landwirtschaftlichen Vereinswesens, indem er in erster Linie nicht die technischen Fragen, sondern die in Beziehung zur Landwirtschaft stehenden Fragen der Gesetzgebung und der Volkswirtschaft zum Gegenstande seiner Beratung und Beschlussnahme macht. 3. Der Congres behält die im vorigen Jahre beschlossenen Statuten im Uebrigen unverändert bei; er hält es jedoch für nothwendig, daß eine thunlichst große Zahl von Vereinen und Landwirthen sich verpflichten, dem Congresse dauernd anzugehören, und dabei den Ausschuß ermächtigen, die alljährlich vorläufig im Maximaltelbetrage von 5 Thlr. festzustellenden Beiträge (bis zum Zeitpunkte der eventuellen Auflösung der Mitgliedschaft)

von ihnen einzuziehen, auch dann, wenn sie persönlich zu erscheinen behindert sind, oder wenn in einem oder dem andern Jahre die Abhaltung eines Congresses nicht stattfinden sollte. Der Ausschuss hat die eingehenden Gelder zu verwalten. 4. Sobald und soweit es die angesammlten Mittel gestatten, wird demnächst der Congress darauf Bedacht nehmen, die Verfolgung praktischer landwirtschaftlicher Zwecke in den Kreis seiner Aufgaben zu ziehen. Der Ausschuss hat in dieser Beziehung bei der jedesmaligen Rechnungslegung dem Congresse seine Vorschläge zu machen. Die nähre Regelung der hierauf bezüglichen Fragen bleibt der Beschlussnahme des folgenden Congresses vorbehalten." — Dagegen beantragt Hr. v. Wedell folgende Resolution: "1. Das landwirtschaftl. Vereinswesen in seiner jetzigen Form ist nicht ausreichend und geeignet zur Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen. 2. Es ist dringend nothwendig, daß neben den freien Vereinigungen eine, aus der Wahl der Interessenten hervorgegangene, gesetzlich begründete, organische Vertretung der Landwirtschaft ins Leben gerufen werde." — Die Debatte füllt den ersten Sitzungstag und wird am zweiten fortgesetzt. Stadtrichter Willmanns, der im Wesentlichen für den Wedellschen Antrag eintritt, weist darauf hin, daß die Boten des Landes-Oeconomiecollegiums weit weniger Gewicht als das der Handelskammern hätten, also die Landwirtschaft gegenüber dem Handel benachtheiligt sei, weil jenes überwiegend von der Regierung ernannt sei, diese aus Wahl der Interessenten hervorgehen. Außerdem sprachen für den Wedellschen Antrag die Herren Holz und Niendorf, Biber. Für die freie Organisation des Vereinswesens sprachen außer v. Wendt namentlich v. Saucken (Tarpuschen), Witt (Bogdanowo) und G. A. Töpfer (Stettin).

[Der Minister Graf Eulenburg] ist, wie die „Krztg.“ berichtet, wieder an einer Halsentzündung erkrankt, die ihn nötigt das Zimmer zu hüten. Es ist wohl zu befürchten, daß dadurch die in Aussicht gestellte Kreisordnung in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte.

— Für die Eröffnung des Reichstags sind noch immer die Tage zwischen dem 4. und 7. März in Aussicht genommen. Der Bundesrat ist noch nicht fertig aufgestellt.

(C. S.) — Die Abg. Stavenhagen und v. Vinke (Olendorf), zwei der an Jahren ältesten Mitglieder des Abgeordnetenhauses, sind sehr schwer erkrankt.

[Personalveränderung in den höheren Verwaltungsbüros.] Wie die „Schl. Blg.“ aus ziemlich sicherer Quelle erfahren haben will, soll zum Prääsidenten der Oberrechnungskammer Hr. v. Jagow bestimmt sein und an Stelle desselben der Minister v. Selchow Oberpräsident der Provinz Brandenburg werden.

Stettin, 9. Febr. [Uraub.] Wie die „O. d. Z.“ hört, hat Herr Pastor Quistorp-Ducherow, der seit längerer Zeit so viel von sich in der Presse reden machte, einen Urlaub von sechs Monaten erhalten. Es dürfte dies einer vorläufigen Stellung zur Disposition gleichkommen.

Österreich. Pesth, 8. Febr. [Der Prozeß Karagoevich] hat heute begonnen. Es wurde zunächst die Anklageschrift verlesen; dieselbe sucht zu beweisen, daß Karagoevich die Mörder des Fürsten Michael von Serbien unterstützt habe und daß Trifkovits und Stankovics als mitschuldig erscheinen. Hierauf wurde zur Authentication der Prozeßakten geschritten, worin morgen fortfahren wird. (N. T.)

Frankreich. Paris, 8. Febr. [Tagesbericht.] Der spanische Gesandte Olozaga ist heute nach Madrid abgereist.

— Im gesetzgebenden Körper wurde der Bericht betreffend den Vertrag der Stadt Paris mit dem Crédit foncier vorgelegt. Der Bericht schlägt vor, daß das außerordentliche Budget der Städte Paris und Lyon in Zukunft von dem gesetzgebenden Körper votirt werde. Die Deputirten Bethmont und Pelletan protestirten dagegen, indem sie der Commission das Recht absprachen, einen solchen Antrag zu stellen. Heute fanden die feierlichen Leichenbegängnisse des Marquis Monstier und des Herzogs Tascher de la Pagerie statt. In unterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Senatsabstimmungen öffentlich werden sollen. — Gutem Vernehmen nach beabsichtigt der Senator St. Beuve eine Interpellation über die außerordentliche Zunahme der Klöster in Frankreich zu stellen. (W. T.)

\*<sup>a</sup> Russland und Polen. Warschau, 9. Februar. [Flucht des Bischofs von Lublin. Maßregeln gegen die Handelszeitung. Steuerausfälle.] Man wird sich vielleicht noch erinnern, daß, als im vergangenen Jahre die katholischen Bischöfe im Königreiche Polen aufgefordert wurden, je einen Delegirten aus einer Diözese nach Petersburg zur Bildung einer kirchlichen Oberbehörde zu schicken, damals von zwei Bischöfen, die eine solche Synode für illegal erklärt, der eine nach Sibirien transportiert wurde, der andere aber durch die Flucht ins Ausland diesem Schicksal sich entzog. Die anderen Bischöfe entschlossen sich mit sichtlichem Widerwillen dazu, der Aufforderung zu genügen. Die neue Oberbehörde in Petersburg kam also zu Stande und nun will die Regierung sie selbst als Hebel benutzen, um die Russification, worunter in erster Reihe die Hebung der griechisch-orthodoxen Kirche verstanden wird, zu fördern. Offene Opposition ist den Bischöfen unter der Herrschaft des Kriegsministers rein unmöglich; sie suchen jedoch sich dieser Art Wirksamkeit in verschiedener Weise zu entziehen. So sah sich der Bischof von Lublin, ein 80jähriger Greis, vor 8 Tagen veranlaßt, einer ihm gestellten Zuminthung im Sinne der Russification durch die Flucht ins Ausland aus dem Wege zu gehen. Er verließ Abeads im Geheimen Lublin, stand nach sehr schneller Fahrt die Nacht hindurch am zweiten Morgen an der Grenze, und fand Mittel dieselbe auf Umwegen auch ohne Pass zu passieren. Aus Galizien aus beeilte er sich an den Gouverneur einen Brief zu schreiben, in welchem er ihm die Flucht angezeigt, und die Barbarei verurtheilte, die einen katholischen Kirchenfürsten und Polen zwingen will, gegen die eigene Kirche und Nationalität zu agiren. Der Brief scheint sehr derber Art zu sein, denn er hat in den Regierungskreisen Bestürzung hervorgerufen. — Der hiesigen „Handelszeitung“ ist es jetzt von der Censur verboten, räsonnirende wöchentliche Börsenberichte zu bringen. Die Börsen der „Gubernialstadt“ Warschau soll sich eben nicht wichtig machen. Man soll sie ebenso gut ignoriren wie den Geschäftsverkehr z. B. in Verdcew. — In allen Gouvernementen des Königreichs Polen sind die neuen, in der That für die kleinen Gewerbe unerschwinglichen Gilde- und Gewerbesteuern kaum von  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  der Gewerbetreibenden eingegangen. Die Behörden fordern zur Entrichtung der Steuern fortwährend auf, aber ohne Erfolg. Es sieht demnach das Schließen einer großen Masse von Geschäften bevor und damit wird ein weiterer großer Schritt geschehen, die ohnehin schon erschreckliche Verarmung des Landes und das Elend der Einwohner noch zu vergrößern.

Spanien. Madrid, 8. Febr. [Das Ministerium der Colonien] wird in dem nächsten Budget-Entwurfe als künftig wegfallend bezeichnet werden. Die Ersparnisse, welche eingeführt werden sollen, werden sich auf mehr als 250 Mill. Realen belaufen. (N. T.)

Amerika. Washington, 8. Febr. [Der Congress hat den Gesetzentwurf über den Kupfertarif genehmigt. (N. T.)]

Danzig, den 10. Februar.

\* [Stadtverordneten-Sitzung am 9. Febr.] (Schluß.) Beratung des Hauptetats; Correferent Hr. Commercierrath Goldschmidt: Betreffend die nach 3jährigen Fractionen im Ansatz gebrachten Einnahmen glauben die Hh. Referenten, daß, wenn auch die Einnahmen des J. 1868 in den meisten Fällen hinter der Fraction der J. 1865/67, welche jetzt in das Etats-project gesetzt seien, zurückbleiben, es sich doch empfehle, bei den Fractionsträgern stehen zu bleiben, einmal weil man nicht mit einiger Gewißheit andere Bissern an deren Stelle zu sehen habe, fürs Andere, weil die gehabte bessere Ernte einen größeren Verkehr und damit Steigerung der Einnahmen erwarten ließe. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Zu den Zinsen sind vom Specialetat über die Verwaltung des Capitalvermögens noch 500 Thlr. für die damals in Aussicht genommene Erhöhung der Hypotheken-Zinsen von 5 auf 6% als die auf das Jahr 1869 fallende Quote zugestellt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat bekanntlich den desfallsigen Antrag unterm 15. Decbr. 1868 abgelehnt. Nach der Ansicht der Hh. Referenten fragt es sich nun, ob damit auch die Absetzung der 500 Thlr. von dem diesmaligen Etat beschlossen ist und dürfte die Sache der nochmaligen Beschlüssigung zu unterwerfen sein. Die Hh. Referenten empfehlen die Erhöhung, da damit eine Mehreinnahme von 3000 Thlr. erzielt werde, und ein ansehnlicher Theil der städtischen Gelde auf ländliche Grundstücke gegeben sei, der billige Zinsfuß also zum Theil nicht einmal unsern Mitbürgern, sondern fremden Personen zu Ungunsten unserer Steuerzahler zu Gute komme. Die hier in Rede stehende Summe sei im Verhältniß zu dem gesamten Hypothekencapital Danzigs unbedeutend und man werde den Zinsfuß durch einen Communalbeschuß nicht beeinflussen. Werde die Erhöhung auf 6% nicht angenommen, so werde eine Kündigung der Capitalien erfolgen müssen, denn unmöglich könne eine Anzahl von Hausbesitzern verlangen, daß die Stadt, d. h. alle Bürger Geld zu höheren Zinsen und zu niedrigeren ausleihen solle. Das hieße den Hausbesitzern ein Geschenk machen. — Herr J. C. Krüger hat heute noch dieselben Gründe gegen die Erhöhung des Zinsfußes für Hypotheken, die er am 15. Dec. entwidelt. Es könnte als eine Täuschung der Schuldner angesehen werden, wenn man ihnen plötzlich in den jetzigen schlechten Zeitoberhälften kündige, während sie überzeugt gewesen wären, daß eine Kündigung während 10 Jahren nicht erfolge. Herr Dr. Linz berichtigte Hrn. Krüger dabin, daß der Magistrat sich ausdrücklich bei Ausgabe der Capitalien das freie Kündigungrecht vorbehalten habe, während den Debitorne die Bedingung gestellt worden sei, während 10 Jahre nicht kündigen zu dürfen. Hr. Gibson hält den Schaden, den das allgemeine Interesse durch die vorgeschlagene Maßregel erleide, für viel größer als den Nutzen, der der Stadt fasse daraus erwache. Voraussichtlich würden viele Hypotheken in Folge dessen gefündigt werden. Der Zinsfuß sei hier noch nicht 6% für gute Hypotheken. Gerade jetzt müsse man die Hausbesitzer nach allen Seiten hin schonen. Endlich halte er es nicht für angemessen, einer erst vor kurzem gefassten Beschuß schon jetzt wieder umzustehen. Hr. Goldschmidt befürwortet nochmals den Antrag der Referenten, Hr. Mischke bekämpft denselben und hält 5% für seine Hypotheken für genügend. Hr. Justizrath Breitenbach macht den Einwand, daß der von den Hrn. Referenten gestellte Antrag bereits vor 2 Monaten abgelehnt sei und daher nach der Geschäfts-Ordnung einem Ausschuß überwiesen werden müsse, der in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten habe. Im Übrigen sei auch er für die Ablehnung des Antrages. — Der Geschäfts-Ordnung gemäß wird die Angelegenheit einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen, und dazu die Hrn. Schottler, Breitenbach, Gibson, Schirmacher, Nohloff, Goldschmidt, Bertram gewählt.

Über den im Etatsentwurf in Einnahme gestellten Posten von 15,000 R., als erste Rate für innerhalb 4–6 Jahren zu veräußernde auf ca. 80–90,000 Thlr. veranschlagte überständige Holzbestände im Forstlauf Bröbbernau, äußert sich der Revisionsbericht dahin: Die Stadtverordneten-Versammlung habe am 15. Dec. pr. den Magistrat aufgefordert, baldige Vorschläge über eine etwaige Veräußerung der städtischen Forst zu machen. Die beabsichtigte Abholzung des Belaus Bröbbernau seien nennenswerther Anfang der von der Stadtverordneten-Versammlung gewünschten Maßregeln; denn mit 80–90,000 R. dürfte etwa der 4. Theil des in unserer Forst vorhandenen Holzwerthes getroffen sein. Werde jetzt der Anfang damit gemacht, die Einnahmen aus diesen Holzverkäufen zu den laufenden Ausgaben zu verwenden, so würden wir schließlich des Vermögensobjekts ledig sein, und nichts erzielt haben, als die vorübergehende Erleichterung der Steuerzahlers auf ein paar Jahre. Auch dieser Zweck wäre nicht gering anzuschlagen, wenn es sich für die Commune um nichts weiter handele, als um die fortlaufende Unterhaltung alles Bestehenden. Man könne sich aber nicht der Wahrnehmung verschließen, daß die Commune noch fortwährend große Ausgaben haben werde. Ganz abgesehen von Wasserleitungs- und Sielbauten, lämen wir über kurz oder lang noch zu einer ferneren Vermehrung der Schul-Bauten, werde es unvermeidlich sein, daß die Stadt Opfer bringe für die ihre Erwerbsverhältnisse in eminenter Weise interessirende Eisenbahn Marien-Warschau; — und wenn wir damit fertig wären, werde hoffentlich eine Frage von hoher Wichtigkeit: die Befestigung der Wälle, genügend gereift sein, um durch Opfer der Commune auch etwas erzielen zu lassen. Zu allen solchen Dingen gehöre Geld und es werde nicht bestritten werden können, daß z. B. die Reformen in unserem Schulwesen eine wesentliche Erleichterung dadurch fänden, daß die Mittel zu ihrer kräftigen Einführung bereit waren und nicht erst beschafft werden mußten. Wenn dies richtig sei, dann werde der beste Freund productiver Anlagen freilich darauf Bedacht nehmen müssen, sich Reserven für größere Leistungen zu schaffen. Die Herren Revisoren empfehlen daher, die erwähnte extraordinaire Einnahme von 15,000 R. abzusezzen. — Es erhebt sich darüber eine längere Debatte, ob die Erträge der Abholzung der Bröbbernauer Forst dem Capitalfonds, wie Hr. J. C. Krüger befürwortet, oder den laufenden Einnahmen, wie Hr. Bertram vorschlägt, überwiesen werden sollen. Für das erste sprechen die Hh. Schirmacher und Goldschmidt. Sie führen aus, daß die Einnahmen aus diesen extraordinairen Erträgen für die Zukunft sichergestellt werden müßten. Hr. Bertram dagegen ist der Ansicht, daß die jetzige Generation ein Recht habe, für die vielen Opfer, die sie in den letzten Jahren für die Forst gebracht, eine augenblickliche Erleichterung zu verlangen. Hr. Biber ist ebenfalls für Absetzung. Hr. Justizrath Breitenbach findet in den Bemerkungen des Hrn. Biber über die Forst wieder den Beweis, daß die Forst als Aschenbrödel behandelt werde. Hr. Biber ist nicht der Meinung, er hält die Forst vielmehr für eine sehr pretentiöse Jungfrau, von der er sehrlidig wünsche, daß sie unter die Haube komme, damit die Stadt sie los werde. Hr. Bürgermeister Linz erklärt Namens des Magistrats sein Einverständnis mit der Absetzung der 15,000 R. vom Etat. Über die weiteren Maßnahmen werde die Versammlung jedenfalls noch eine Vorlage erhalten. Die Versammlung beschließt die Absetzung. — An diese Angelegenheit schließt sich ein Antrag der Hh. Referenten, den Magistrat zu ersuchen, die Vorlage wegen des Verlaufs der städtischen Forsten zu beschleunigen. Nachdem im J. 1862 die Dünen auf die Stadt übergegangen waren, sei fast ununterbrochen Geld zugeschossen worden. In den 8 Jahren 1860–67 sind 6 Jahresmengen mit einem Ausgabeüberschuss von 6117 R. und 2 mit einem Einnahmeüberschuss von 2981 R. ab-

geschlossen worden, so daß 3136 R. aus Communalmitteln zugesetzt sind. In 1863 sind 3613 R., in 1864 5228 R., zusammen 8841 R. für Gebäude verausgabt, so daß man 5705 R. oder durchschnittlich 700 R. circa als Ertrag dieses Verwaltungssgewiges ansehen könne. Damit könne man aber unmöglich zufrieden sein, und wenn nicht bezweifelt werden könne, daß mit den verwendeten Culturstoffen kaum dem Rothdürftigsten genügt werde, sei sei es wohl die höchste Zeit, sich eines Besitzes zu entäufern, der in unsern Händen niemals erproblich werden könnte, wenn er nicht zur langjährigen Belehrer der Steuerzahler in ganz anderer Weise als bisher, mit viel größeren Mitteln gepflegt werden solle. Wenn der Holzwerth auch nur vielleicht 300,000 Thlr. einbringen sollte, so wäre dies gleich einem Einnahmen von 15,000 Thlr. und wenn wir auf Jahre die sämtlichen Beamten für voll besolden müßten mit ca. 6000 Thlr., so blieben immer noch übrig 8400 Thlr. gegen den jetzigen Ertrag von 700 Thlr. Die Versammlung tritt dem Antrage bei.

Über die Communal-Einkommensteuer enthält der Revisionsbericht etwa folgende Ausführungen: Die Gesamt-ausgabe stelle sich excl. 38,250 R. Deficits auf 533,500 R. Die Gesamt-Einnahme excl. Communalsteuer 452,465 R., gegen die obige Ausgabe von 533,500 R. bleibe dann ein Bedarf an Communalsteuer von 81,035 R. — Das gesamte steuerpflichtige Einkommen ist abgeschätzt auf 4,456,335 R.; die Progressionsfälle tragen aus 76,824 R. 15 Sgr.; wird ein Mindestfall von 0,8% erhoben, 35,650 R. 5 Sgr., so ergebe sich ein Steuerfall von 112,475 R. 5 Sgr. Gegen vorstehenden Bedarf von 81,035 R. bleibe dann für Establissemets ca. 31,500 R. und wenn bei der Communalsteuer — wie solches in den Jahren neuer Veranlagungslisten zu geschehen vorsiege — auch ca. 6000 R. Ausfälle eintreten, so blieben für die Establissemets 25–26,000 Thlr. In einer noch immer recht erwerbslosen Zeit geschehe damit wohl das Mögliche zur Tilgung alter Schäden und man könne auch der Zukunft etwas überlassen. Es wird deshalb vorgeschlagen: der obenberechneten Einnahme von 452,465 Thlr. als Communalsteuer hinzuzuziehen wie vorstehend 112,475 Thlr. 5 Sgr. zur Abrundung dem Extraordinaria der Einnahme noch zuzusehen 59 Thlr. 25 Sgr., so daß die Gesamt-Einnahme abschließe auf 565,000 Thlr. Für Deficits aus den Vorjahren verbliebenen hinauf 31,500 Thlr. gegen das Etatsproject (38,250 Thlr.) weniger 6750 Thlr. Ausgabe laut Project 574,000 Thlr., davon abgezogen durch die Herren Revisoren 225 Thlr. 10 Sgr. bei den Extraordinariis 2024 Thlr. 10 Sgr. für Deficits 6750 Thlr., wäre der Betrag der Ausgabe festzusetzen auf 565,000 Thlr. — Da sich kein Widerspruch erhebt, ist die Vorberatung des Hauptetats erledigt. — In der Schlussberatung werden hierauf folgende Specialetats ohne Debatte nach den Beschlüssen der Vorberatung angenommen: Der des Armenwesens, der Feuerwehr, der Schutzmannschaft, der Strafenreinigung, des Serviswesens, der Allee und Plantagen, der Kämmererschulden, der Revenüen vom Capitalvermögen, der Forsten und Dänen, des Schulwesens, der Deich- und Uferbauten, der Stadtbibliothek, des Armenhauses in Belonten. — Bei dem Etat des städtischen Arbeits- und Siechenhauses beantragt Herr Rickert auf den Ausgabebetrag zu setzen 325 R. zur Unterhaltung der Gebäude des Arbeitshauses und des Hauses Löpfergasse 1, die gegenwärtig auf dem Bauetat stehen. Motiviert wird der Antrag dadurch, daß gegenwärtig auch die kleinsten Reparaturen nur durch Vermittelung der Baudeputation ausgeführt werden können; da das Arbeitshaus jetzt entsprechende Arbeitskräfte unter den Häuslern habe, würde die Verwaltung selbst die Reparaturen schneller und billiger herstellen können; 400 R. als Gehalt für die in der Versammlung vom 12. Januar c. creite Stelle eines Oberaufsehers. Diese Anträge werden von der Versammlung genehmigt. Ein weiterer Antrag, betreffend eine anderweitige Verwendung des den Häuslern gutgeschriebenen Anteils am Arbeitsverdienst, wird zur nächsten Versammlung vertagt und in Folge dessen die Schlussabstimmung über diesen Etat gleichfalls ausgesetzt. — Beim Bauetat werden 1) die obigen 325 R. für Reparaturen am Arbeitshaus von den Ausgaben abgesetzt; 2) beantragt Herr Stadtrath Hirsch bei den Ausgaben hinzuzuziehen: 250 R. (1 % vom Versicherungswert), für Unterhaltung und Reparaturen des Gebäudes der Gewerbeschule. Herr Hybbenth gegen die Billigung. Der Magistrat müsse, wenn jetzt schon große Reparaturen notwendig seien, die Bauhandwerker in Anspruch nehmen, welche ja für eine gewisse Zeit Garantie geleistet. Thüren und Fenster schlössen nicht, wie das bei einem neuen Gebäude ganz unerhört sei. Es sei zu wünschen, daß man solchen Unternehmern derartige Arbeiten künftig nicht mehr übertrage. Herr Brütz beantragt nur  $\frac{1}{2}$  des Feuerversicherungswertes, also 125 Thlr., als bei neuen Gebäuden völlig ausreichend zu bewilligen. Herr Stadtrath Hirsch: In künftigen Etats werde wohl die Summe genügen; in diesem Jahre reiche sie nicht für die Bedürfnisse aus, da die durch starkes Heizen sehr angegriffenen Däfen eine größere Reparatur erforderten. Die Bauhandwerker hätten Garantie geleistet und Caution bestellt, und würden, wenn dazu Veranlassung wäre, herangezogen werden. Herr Bräuer: Wenn nicht der Bauhandwerker, so sei der städtische Baumeister verantwortlich zu machen. Er beantrage gar nichts zu bewilligen. Herr Hybbenth: Wenn Thüren und Fenster nicht schließen würden stets die Däfen durch Überheizen ruiniert werden, so lange man jenem Bedienstet nicht abhelfe, werde daher eine Reparatur der Däfen nichts helfen. Herr Mischke ist derselben Ansicht und beantragt, der Magistrat möge aufgefordert werden, die betreffenden Bauhandwerker zu den Reparaturen heranzuziehen. — Hr. Breitenbach macht darauf aufmerksam, daß man, ehe man folgenden Antrag annimme, erst constatiren müsse, ob die Bauhandwerker eine Schuld treffe. — Hr. Stadtrath Hirsch: Er habe schon bemerkt, daß selbstverständlich der Magistrat die Handwerker, wenn sie eine Schuld treffe, verantwortlich machen werde. Daß andere Handwerker könne man aber offenbar nicht für die beschädigten Däfen verantwortlich machen; die Reparatur an denselben sei notwendig, er hätte daher die gesuchte Summe zu bezahlen. — Bei der Abstimmung wird die Forderung des Magistrats, 250 R., abgelehnt, der Antrag des Hrn. Brütz, 125 R., zu bewilligen, angenommen; der Antrag des Hrn. Mischke bleibt in der Minorität. Hierauf wird der gesamte Bauetat in der Schlussabstimmung genehmigt.

\* [Das Kirchen-Collegium St. Marien] beabsichtigt einen neuen Kirchhof, von etwas über 9 Morgen Größe, vor dem Olivaer Thore rechts der Allee unmittelbar hinter dem Friedhofgrundstück anzulegen, und steht wegen Verkaufs dieses Landes mit den Vorstehern des Hospitals zu Aller-Engel in Verbindung.

\* Herr Capellmeister Buchholz gibt morgen den 11. Febr. im großen Saale des Schützenhauses ein Symphonie-Concert mit ausserlesinem Programm zu seinem Benefiz. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß dem strebsamen und fleißigen Musiker, der sich durch die Einführung dieser populären Concerte hier in den weitesten Kreisen ein Verdienst erworben hat, durch recht zahlreiche Beteiligung des Publikums an dem angekündigten Concert ein Ehren- und Freudenabend bereitet werde.

\* [Der Barytonist Hr. Robinson] ist nach dem „Theater-Monitor“ von Hamburg nach Nürnberg engagiert und wird vor hier gastieren.

\* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Culm unterbrochen, Warlubien-Graudenz per Kahn nur bei Tage, Czerwinst-Marienwerder per Kahn nur bei Tage.

Marienburg, 9. Febr. [Wasserstand der Nogat und der Weichsel.] Gestern Mittags leerte sich die Eisdecke der Nogat bei einem Wasserstande von 8 Fuß in Bewegung und blieb in ununterbrochenem Gange; heute treibt wenig Eis im Strom. Der Wasserstand ist 5' 7" und ist anzunehmen, daß unterhalb der Eisverlegungen stattgefunden haben. Das Eis der Weichsel hingegen liegt noch fest. Die hier in Winterlage befindlichen Räume und Brücken-Pontons haben keinen Schaden gelitten. Es ist, wenn wir nicht irren, dieses der vierte Eisgang innerhalb drei Monaten. (Nog. 3.)

† Petylín, 9. Febr. [Trichinen.] Es wird vielleicht für Sie von Interesse sein, daß auch hier in Schweinesleisch, welches von



Heute Morgen um 6 Uhr wurde meine Frau Ida geb. Böhme von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.  
Danzig, den 10. Februar 1869.

F. Haarbrücker.

Statt besonderer Mittheilung mache ich Freunden und Bekannten hierdurch die ergebenen Anzeige, daß meine Frau Clara geb. Kästelky von einem Mädchen glücklich entbunden worden ist. (7437)

Fr. Stargardt, 9. Februar 1869.

Dr. Schmidt,

Assistentarzt beim 1. Leibhusaren-Rgt. No. 1.  
Heute Nacht starb nach schweren Leiden unser lieber Sohn Johannes in seinem zwanzigsten Lebensjahr. (7447)

Danzig, den 10. Februar 1869.

Prof. Herbst und Frau.

Vorräthig in Danzig in der L. Saunier'schen Buchhandlung, A. Scheinert.

J. G. Fichte's Neden  
an die deutsche Nation. Von Neuem herausgegeben und eingeleitet durch  
J. H. Fichte.  
Wohlfahrt Ausgabe.

L. Saunier'sche Buchhandlung, A. Scheinert.

## Oeldruckbilder

in eleganten Goldbaroque-Rahmen, eine reiche Auswahl empfiehlt als prächtige Zimmer-Decorationen zu äusserst mässigen Preisen  
L. Saunier'sche Buchh.,  
A. Scheinert in Danzig. (7287)

Die Subscriptionsliste zu  
**Prof. Carl Vogt's**  
sechs naturwissenschaftlichen Vorträgen liegt aus in der  
L. Saunier'schen Buchhandlung.  
A. Scheinert.

## Damper - Verbindung Danzig—Stettin.

Damper "Ceres", Capt. M. D. Braun, geht Montag, den 15. dieses Monats, von hier nach Stettin.

Güteranmeldungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe,

Melzergasse No. 4.

Einem hochgeehrten Publikum, insbesondere meinen Freunden und Bekannten, zeige hiermit ergebenst an, daß ich in meinem Hause

22. Auferstmiedegasse 22.  
eine

## Bierstube

errichtet habe, woselbst ich das als vorzüglich bekannte Bayerisch Lagerbier

der J. Witt'schen

Brauerei in Original-Flaschen à 1 Lgr. 3 Kr. verabfolge. Gleichzeitig bemerte noch, daß ich dieses Bier auch außer dem Hause für obigen Preis abgebe, welches ich besonders meinen geehrten Nachbarn zur geneigten Abnahme bestens empfehle.

Danzig, den 10. Februar 1869.

C. A. Reygelin.

Mein hierstes eröffnetes Haus-Offizianten- und Gesinde-Bermuthungs-Bureau erlaube ich mir einen gebreiten Publikum ganz ergebenst zur Verküstigung zu empfehlen.

R. M. Franzkowski,

Breitgasse No. 105, der Goldschmiedegasse gegenüber, parterre. (7347)

Messinaer Apfelsinen und Citronell erhielt und empfiehlt

G. A. Nehan,

Langgarten No. 115.

2 Fässer Rum und 2 Fässer Arrac sind billig zu verkaufen und Proben einzusehen bei (7446)

A. Masse, Burgstraße No. 3.

Große Weichselneunaugen

bester Qualität, empfehlen in 1/2 und 1 Schöpfchen und stückweise, russische Sardinen, echte Christ Anchovis, norwegische Klippfische, französische Sardinen und Capers in drei Sorten, echten Schweizerkäse 8 Lgr. pro Kr., fetten echten Limburger und alten Werdertäle offerieren billigst Ruhnke & Soschinski, Breitgasse No. 126. (7467)

## Frische Silberlachse

versendet prompt unter Nachnahme (7323)  
Brunzen's Seefisch-Handlung, Fischmarkt 38.

## Neueste Gotillonsachen.

Glas-Vlacons pro Dbd. 20 Sgr., Knall-Kopfbedeckungen pro Dbd. 17 1/2 Sgr., Utensilien im verschiedensten Genre, geschmackvolle Orden, von 2 1/2 Sgr. bis 2 Thlr. pro Dbd.

Sächeren, Schürzen, Diademe und farbige Fächer zum Ausziehen. (3600)

Louis Loewensohn,

Langgasse 1.

Die Andr. Kuhn'sche Porzellans-, Steingut-, Glas-, Lampen-ic. Handlung in Marienwerder, welche seit 37 Jahren mit bestem Erfolge besteht, ist wegen Todesfalls unter günstigen Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten. Nähere Auskunft ertheilen der Justiz-Rath Bülowius in Königsberg und der Kataster-Controleur Kauffmann in Marienwerder.

## Kunst-Ausstellung.

Von Sonntag, den 7. Februar, bis Sonntag, den 21. d. M., wird von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags, (Sonntags von 11—4 Uhr) im Saale des grünen Thores ausgestellt sein:

### Das letzte vollendete Werk des

Professor Eduard Hildebrandt:

### "Unter dem Äquator". (Crossing the line.)

Ferner von Albert Baur in Düsseldorf:

### „Die Ueberbringung der Leiche Kaiser Otto III. über die

Alpen nach Deutschland.“

Von Professor C. Piloty in München:

### „Die Ernordung des Julius Caesar.“

Letztere beiden historischen Gemälde der „Verbindung für historische Kunst“ gehörig.

Gleichzeitig sind ausgestellt die vom Kunst-Verein zur Verloosung 1869/70 erworbenen 11 Oelgemälde.

Entrée 5 Sgr. pro Person.

Der Vorstand des Kunst-Vereins.

R. Kämmerer. J. S. Stoddart. C. G. Panzer.

## Die Maschinen-Pau-Aufstalt

von

C. Karowsky,

42. Vorst. Graben 42,

empfiehlt sich zur Anfertigung aller Argeräthe. Bestellungen auf gute Ringelwalzen nach jeder beliebigen Länge, böhmische Gelentwiesen-Eggen, Kettenpumpen von 20—40 Fuß, Reparaturen an Sämaschinen, Dreschmaschinen, Schrotmühlen, Wagenaxen, kleinen Wagen und Lastwagen, mit gedrehtem Schenkel und geborstenen Buchen.

Karowsky.

Den geehrten Gutsbesitzern empfiehlt sich zum Brennen des Hornvehs Zahlen, Buchstaben und Wappen. Die Preise sind solide. (7380)

Karowsky.

Auf dem Dominium Liianek bei Bahnhof Teresspol stehen

### 33 Stück fernsette Mastochsen

bei sofortiger Abnahme zum Verkauf. Ein fast neues franz. Billard mit Spiralsederbändern ist billig zu verkaufen Zopeng. 16.

### Geld auf Wechsel

vergiebt P. Pianowski, Poggendorf 22. Ein Commiss, Materialist, der poln. Sprache mächtig, sucht vor, sogleich oder vom 1. März cr. ein Engagement. Nähere Referenzen ertheilt Herr G. F. Sontowski, Danzig.

Ein junger Mann, der noch im Werder auf einem Gute als Wirtshäuser ist, sucht zum 1. April eine ähnliche oder als zweiter Inspector eine Stelle. Gefällige Offerten unter 7421 werden in der Exped. d. Stg. erbeten.

Ein junger Mann, der fünf Jahre in einem Schatz- und Materialwarengeschäft als Gehilfe gewesen und noch in Condition steht, sucht zum 1. April eine ähnliche oder als Lagerdiener eine Stelle. Gefällige Offerten unter 7420 werden in der Exped. d. Stg. erbeten.

Hundegasse 49, parterre, nach hinten, ist eine geräumige Comtoirgelegenheit zu vermieten. Näheres dafelbst. (7188)

Poggendorf No. 19 ist vom 1. April cr. ein Comtoir zu vermieten. (7362)

### Dirschauer Credit-Gesellschaft

A. Preuss.

Die Dividende pro 1868 ist durch Beschluss des Aufsichtsraths auf 5 1/4 pro Cent festgestellt und kann von jetzt ab gegen Einlieferung des Dividendenscheins in das Bureau der Credit-Gesellschaft in Empfang genommen werden.

Dirschau, den 6. Februar 1869. (7268)

### Der Geschäfts-Inhaber.

A. Preuss.

### Nautischer Verein.

Freitag, den 12. Februar, Abends 6 Uhr, Versammlung im untern Saale des Gewerbehauses.

Tagesordnung.

1) Leucht-Weisen, Tonnen- und Baaken-Wesen.

2) Seegerichte. F. Domke.

### Symphonie-Concert

im Schützenhause.

Donnerstag, den 11. Februar, zum Benefit für den Kapellmeister Herrn Buchholz.

Ov. Anatole v. Cherubini. — Reformations-Symphonie (nachgelassenes Werk) v. Mendelssohn, kommt hier zum ersten Male zur Aufführung. Auf Wunsch: Drämerie v. Schumann. — Concert-Ov. op. 26 von Buchholz. — Symphonie C-moll No. 5 von Beethoven.

Anfang 47 Uhr. Billets à 5 Sgr. sind in sämtlichen Musikalien-Handlungen, sowie bei Hrn. Harichampf zu haben. Entrée 7 1/2 L.

Die Kapelle des 3. Ostpr. Grenadier-Regiments No. 4. (7343)

### Danziger Stadttheater.

Donnerstag, 11. Febr. 1869. (Abonn. susp.) Sechste und letzte Gastdarstellung des Fräulein Louise Wolff vom Hoftheater in Wiesbaden, zum ersten Male: Gustav Wasa, oder Maske für Wasa. Schauspiel in 5 Acten von Bernhard Scholz.

### Selonke's Etablissement.

Donnerstag, den 11. Febr. Große Vorstellung und Concert. Aufreten der Gymnastiker-Gesellschaft Crosby aus London. — Anfang 7 Uhr. Entrée wie gewöhnlich, von 8 1/2 Uhr ab 2 1/2 Sgr.

### 10 Thlr. Belohnung.

Am 8. d. M. sind mir im Stadttheater hier folgende Wertgegenstände abhanden gekommen:

1 Prima-Wechsel, acceptirt von C. Loewensohn per 24. März d. J. à 1000 Kr., und 1 Prima-Wechsel, acceptirt von C. Loewensohn per 28. April d. J. à 1000 Kr. Indem ich vor Ankauf obiger Papiere Ledermann warne, siche ich demjenigen, der mir irgend eine Auskunft über den Verbleib ic. obiger Gegenstände giebt, obige Belohnung zu. — Ich bemerke noch, daß die Papiere durchaus für Niemanden irgend einen Wert haben, da die Wechsel vom hiesigen Königl. Commerz-Gerichte für ungültig erklärt worden. Kinder resp. Wiederbringer erhält obige Belohnung bei

S. Michaeli, Breitgasse No. 53, 2 Tr.

Alle diejenigen, welche an den Nachlass unseres verstorbenen Bruders, des Kreis-Gerichts-Rath Wendisch, Forderungen haben oder denselben etwas schulden, ersuchen wir, sich bei dem Herrn Regierung-Rath Borgius in Marienwerder zu melden. (7443)

Die hinterbliebenen Geschwister.

Neue Messinaer Apfelsinen und Citronen, in Kisten und ausgezählt, empfiehlt billigst

F. E. Gossing,

Jopen- u. Portehausengassen-Ecke No. 14.

Druck und Verlag von A. W. Kasemann in Danzig.

### Der Bewaltungs-Rath.

Bong-Schmidt, Vorsitzender.

Carl G. Andrcsen. H. Jepsen. L. L. Kallsen.

Den Herren Meyer & Gelhorn in Danzig ist eine Haupt-

Colleete für Ost- und Westpreußen vertragten.

Bei demselben sind Programme und Käufloose zur 3. Klasse à 1 1/4 Kr. zu haben.

J. A. Groth, Director.

im Gesammtwerthe von Kr. 4400.

Flensburg, den 1. Februar 1869.

### Der Bewaltungs-Rath.

Bong-Schmidt, Vorsitzender.

Carl G. Andrcsen. H. Jepsen. L. L. Kallsen.

Den Herren Meyer & Gelhorn in Danzig ist eine Haupt-

Colleete für Ost- und Westpreußen vertragten.

Bei demselben sind Programme und Käufloose zur 3. Klasse à 1 1/4 Kr. zu haben.

J. A. Groth, Director.

im Gesammtwerthe von Kr. 4400.

Flensburg, den 1. Februar 1869.

### Der Bewaltungs-Rath.

Bong-Schmidt, Vorsitzender.

Carl G. Andrcsen. H. Jepsen. L. L. Kallsen.

Den Herren Meyer & Gelhorn in Danzig ist eine Haupt-

Colleete für Ost- und Westpreußen vertragten.

Bei demselben sind Programme und Käufloose zur 3. Klasse à 1 1/4 Kr. zu haben.

J. A. Groth, Director.

im Gesammtwerthe von Kr. 4400.

Flensburg, den 1. Februar 1869.

### Der Bewaltungs-Rath.

&lt;p